



Wir bleiben dabei :

Unser Grundwasser ist in Gefahr!

Nach einer ausführlichen Diskussion beschlossen die Fraktionen von SPD und CDU einen Vertrag, der es dem Kreis Groß-Gerau ermöglicht, den gesamten Kreismüll nach Mörfelden zu schaffen. Nur ein SPD-Stadtverordneter stimmte mit der DKP-Fraktion gegen diesen Plan.

In der Debatte war zu spüren, daß vor allem die anwesenden Kreistagsabgeordneten außerordentlich gereizt reagieren, wenn man sie auf Fehler des Kreises anspricht. Aber die Fehler kann jeder sehen.

Wir bleiben dabei, wer sich von der Industrie eine 20-Millionen-Müllkompostierungsanlage verkaufen läßt, die dann wegen dem erzeugten Gestank nicht arbeiten kann, hat einen Fehler gemacht. (Jetzt hat man übrigens erneut 240.000 DM ausgegeben für ein Schweizer Gutachten, das der Anlage kaum Chancen auf eine Sanierung einräumt.)

Wir bleiben auch dabei, die Riesen-Müllkippe in Mörfelden in unmittelbarer Nähe unserer Trinkwasserbrunnen ist ein Fehler, der möglicherweise nicht mehr gutzumachen ist.

DKP-Stadtverordneter Heinz Hechler erklärte in der Müll-Debatte u.a.:

„Die Müllbeseitigung ist, und das ganz besonders in Ballungsgebieten wie dem unseren, ein noch nicht in jeder Beziehung gelöstes Problem. Sicherlich wird in Zukunft noch das eine oder andere neue Verfahren entwickelt, aber es sollte bei der Anlage von Deponien auch heute schon über Kreis- und Ländergrenzen hinaus gedacht werden. Wären die Kreisverantwortlichen 1974 nicht auf die schönen Worte der Lieferfirma für die Kompostierungsanlage hereingefallen — wäre entweder ein anderer Standort, ohne Geruchsbelästigung für die Bevölkerung, gefunden worden, oder man hätte sich damals schon um eine geeignete Stelle für eine Deponie umsehen müssen. So wurden jedoch Steuergelder in Höhe von 18 bis 20 Millionen Mark vorerst umsonst ausgegeben, da die Anlage in ihrer jetzigen Konzeption, und mit den heute bekannten Möglichkeiten, nicht arbeiten kann.

Seit 2 Jahren ist nun der Kreis in einer Notlage und griff die Möglichkeit sofort auf, außer dem bereits vorgesehenen Sperrmüll, den Hausmüll und Klärschlamm aus dem gesamten Kreisgebiet in Mörfelden zu deponieren. Wir meinen, hier geht man den einfachsten Weg. Bereits in den Ausschlußberatungen meldete unsere Fraktion Bedenken an und ohne Zweifel haben alle Fraktionen mit ihrer Vorsicht und Skepsis, aber auch mit an den Kreis gestellten Forderungen dazu beigetragen, daß wesentliche Verbesserungen hinsichtlich der Reaktivierung und in Bezug auf die Gewährleistung sich an dem heutigen Vertragsentwurf niedergeschlagen haben. Auch konnten wir uns von den, seit 1. April dieses Jahres eingeführten besseren Kontroll- und Registriermaßnahmen überzeugen. Trotz all dieser Verbesserungen verbleiben jedoch noch eine ganze Reihe ungelöster Fragen bestehen, verbleibt die Gefahr für ▶

Liebe Leser!

Wir haben den Kopf unserer Zeitung leicht verändert. Dies hat vor allem technische Gründe. Allerdings wollten wir auch, daß unser altes Mörfelder Wappen nicht in Vergessenheit gerät.

Am Inhalt unserer Zeitung ändern wir nichts. Der „blickpunkt“ bleibt die Stadtzeitung, die keine Rücksichten zu nehmen braucht, die über kommunale Hintergründe informiert. Der „blickpunkt“ hilft, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen. Er ist und bleibt die kleine Zeitung mit der großen Wirkung.

Aber, Sie sollten auch wissen, es ist jedesmal eine Kraftanstrengung, bis die Zeitung hergestellt ist. Wir schreiben selbst, fotografieren selbst, machen den Umbruch und helfen beim Drucken.

Selbstverständlich verteilen wir die Zeitung auch und freuen uns dabei auf ein Gespräch mit den Bürgern. Sorgen machen uns die steigenden Papierpreise. Die regelmäßige „blickpunkt“-Rechnung bringt dem Kassierer graue Haare. Da gehen die Entschädigungen unserer Stadtverordneten, die Parteibeiträge, die Spenden und die Erlöse unseres jährlichen Kalenderverkaufs voll drauf. Und manchmal reicht es trotzdem nicht.

Deshalb heute an Alle, die den „blickpunkt“ gern lesen, die Bitte: Helfen Sie uns mit einer Spende. Jedes Mitglied der DKP-Mörfelden nimmt sie entgegen. Auch auf unser Konto 900 34 19 bei der Kreissparkasse Groß-Gerau können Sie Spenden überweisen.

Herzlichen Dank, Ihre „blickpunkt“-Redaktion

▼ unser Trinkwasser und bleibt die Belästigung auf unseren Straßen.

Der nächste Trinkwasserbrunnen liegt in nur 1 km Entfernung

Man muß hierbei die äußerst ungünstige Lage der Deponie in einer Entfernung von 1 bis 2 km zwischen zwei Trinkwasser-Förderanlagen unserer Stadt sehen. Bereits jetzt üben die Brunnen unserer Wasserwerke eine Sogwirkung aus, die bis in unmittelbare Nähe der Mülldeponie reicht. Es ist deshalb nicht auszuschließen, und das taten auch die Fachleute der Hessischen Landesanstalt für Umwelt nicht, daß von der Deponie Gefahr für unser Trinkwasser ausgeht. Die dort vorhandene Müllmenge hat jetzt schon, so die Untersuchungsergebnisse, zu einer Beeinträchtigung des Grundwassers geführt. Aus den privaten Brunnen für die Trinkwasserversorgung der Nachbarhäuser kam bereits ungenießbare Brühe. Eine Beeinträchtigung der Anglergewässer in unmittelbarer Nähe der Deponie ist nicht auszuschließen, denn eine negative Veränderung der Wasserqualität ist dort jetzt schon erkennbar.

Die Landesanstalt für Umwelt schlägt eine Reihe Schutzmaßnahmen vor, wie das Einbringen weiterer Brunnen und Lattenpegel und meint in ihrem Papier:

„Sollte sich trotz der Auflagen und Bedingungen eine nicht mehr zu vertretende Belastung des Grundwassers ergeben, so sei

- die Deponieoberfläche mit bindigem Boden abzudecken,
- eine Gasdränage einzubauen,
- ein Abschöpfbrunnen zum Ablenken der Grundwasserfließrichtung in Nähe der Deponie anzulegen,
- eine Aufbereitungsanlage im Wasserwerk Walldorf einzubauen,
- oder eine Schutzwand zwischen Deponie und Wasserwerk zu errichten.

Wer all diese Schutzmaßnahmen in Erwägung zieht, der schließt die, eines Tages notwendige, Inanspruchnahme solcher Maßnahmen nicht aus. Ohne von deren Kosten zu reden, halten wir das ganze nicht für geeignet, unser Trinkwasser zu schützen.

Was nützt die Garantie, wenn kein Wasser mehr da ist?

Selbst wenn uns der Kreis eine jahrelange Garantie gäbe, bei einer Trinkwasser-verseuchung für Ersatz zu sorgen, so ist noch lange nicht sicher, ob überhaupt ausreichend Trinkwasser vorhanden ist, und wieviel es dann den Verbraucher kostet. Vor 10 Jahren hieß es einmal, das Trinkwasser-Reservoir im hessischen Ried sei unerschöpflich, heute jedoch muß dort die Förderung gedrosselt werden. Manche Stadtverordneten meinen, es wäre gut, dem Vertrag zuzustimmen, dann hätten wir es bald hinter uns und die Müllberge könnten begrünt werden. Wir meinen: Rekultiviert könnte auch schon früher werden, ohne die neuen zusätzlichen Risiken.

Wir meinen mit der erdgleichen Verfüllung und Rekultivierung durch den Kreis, sollte die Deponie Mörfelden zum Abschluß gebracht werden.

Wir halten das Anfahren des gesamten Haus- und Sperrmülls, einschließlich der Klärschlämme des Kreises, zu einer einzigen Deponie, nicht für sinnvoll. Zur Zeit fahren täglich im Durchschnitt 250 Fahrzeuge die Mörfelder Deponie an, belasten und verschmutzen unsere Straßen. Es kann uns keiner einen „St. Florians“ Standpunkt nachsagen, wenn wir glauben, daß im übrigen Kreisgebiet, oder darüber hinaus, geeignetere Plätze zu finden sind.

Abschließend meinen wir, daß unser Raum hier im nördlichen Kreisgebiet, bereits über die Maßen durch vielerlei Umweltbelastungen gezeichnet ist. Eine weitere Beeinträchtigung, wie sie jetzt vorgesehen ist, können wir nicht mitverantworten.“

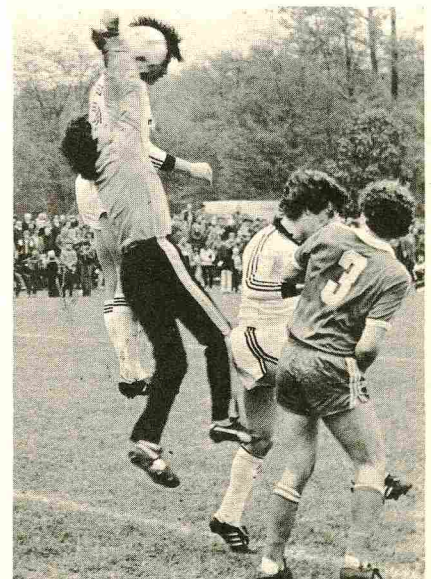


Die DKP-Fraktion und Mitglieder des kommunalpolitischen Arbeitskreises besichtigten die Kläranlage und das Wasserwerk in Mörfelden. Sie informierten sich vor Ort über die Gegebenheiten beider Einrichtungen und sprachen die Gefahr für die Wasserversorgung im Stadtgebiet an. Die Kapazitätsauslastung des Klärwerkes Mörfelden wird durch den im Bau befindlichen Kanalverbund zwar erheblich verbessert, doch wurde dies auch als ein außerordentlich kostspieliges Verfahren bezeichnet. Eine aus heutiger Sicht billigere Lösung wäre zweifellos die Erweiterung der Walldorfer Kläranlage gewesen.

Verkauf
jeden
Samstag

UZ

Rathausplatz



Mit einem Freundschaftsspiel gegen die Bundesliga-Elf von Eintracht Frankfurt beendete die SKV die laufende Saison. Über 2000 Zuschauer sahen im Waldstadion ein munteres Spiel, das der Bundesligist mit 11:0 gewann.

Reisenotizen

Rudi Hechler, Stadtverordneter der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden veröffentlichte in diesen Tagen ein Büchlein mit dem Titel „Auf Wiedersehen, Armenien“.

Für 3,- DM ist es in den Mörfelder Buchbandlungen und bei allen Mitgliedern der DKP zu erhalten.

Die Zeit der Könige ist vorbei

Da gibt es einen Mann in unserer Nachbarschaft, der führt sich auf wie ein König. Als er jetzt seinen sechzigsten Geburtstag hatte, da ließ er feiern. Wie bei den gekrönten Häuptern im Mittelalter ließ der „moderne Manager“ eines „leistungsstarken“ öffentlichen Dienstleistungsbetriebes in die Schatulle greifen:

Es wurden für diesen Tag Fahnen aufgestellt. Aber nicht einfach aufgestellt, sondern nach den Plänen eines „Beraters“ arrangiert, der dafür einige Tausend DM kassierte.

Viele Blumen sollten den festlichen Rahmen ergeben — selbstverständlich. Aber am Vorabend der Feier stellte sich heraus, daß für unseren König die bereits aufgestellten Blumen nicht gut genug waren. Der bereits dekorierte Festraum wurde wieder entschmückt und es mußte u.a. „blauer Flieder“ herbei — im März! Ein Stiel zum Preis von DM 50,— — Gesamtkosten für die Blumen 10.000 DM.

Und auch die Blumen hatten eine durchdachte Ordnung. Erdacht von einem Innenarchitekten — auch wieder einige Tausender.

Die hauseigene Schreinerei muß überfordert gewesen sein, denn man brauchte eine auswärtige Schreinerei für einige Bretter (kaltes Büfett), Kosten: 2500 DM plus 10 % Karenz.

Und zum Feiern im Mittelalter gehörten auch die „Hofnarren“. Für diesen Zweck engagierte sich unser König ein Dutzend Journalisten, die sich über ihn und „sein Werk“ auslassen sollten.

Und sie taten es mit Übertreibung, wie es sich für einen echten Narren gehört. Sie dichteten dem Geburtstagskind alles an, was es gerne wäre, aber nie war: So wurde er „Intendant, Schauspielregisseur, Regisseur, Bühnenbildner und Ähnliches genannt. Und: „Er baute sein Theatergebäude selbst auf und eine große Spielfläche dazu“.

Die Feier hatte sich gelohnt. Mehr als 100.000 DM kostete der Geburtstag, bezahlt aus der Kasse. Am Abend konnte unser König seine Geschenke mit dem Lastwagen abfahren lassen. Gibt es so etwas tatsächlich? Ja, so etwas gibt es noch. Der „König“ heißt Erich Becker und ist der Vorstandsvorsitzende der FAG. Der Mann, der raffiniert, kaltschnäuzig und menschenverachtend versucht, die Startbahn West im Interesse der Banken und Konzerne durchzusetzen.

Rudi Hechler

DKP-Stadtverordneter

Bundestagskandidat
der DKP
für den Wahlkreis
Groß-Gerau



Der Olympia-Boycott sät neues Mißtrauen unter den Völkern

Die Entscheidung des Nationalen Olympischen Komitees der Bundesrepublik, die Olympischen Spiele 1980 in Moskau zu boykottieren, wird von den Sportlern der BRD und der internationalen Sportwelt verurteilt und von reaktionären Politikern mit Beifall aufgenommen. Außenminister Genscher ließ verlauten, im Beschluß des NOK zeigte sich die Souveränität des Sports in der freien Gesellschaft. Für die SPD unterstrich ihr Sprecher Schwarz die alleinige Zuständigkeit des NOK für den Boykottbeschluß. Das sind Lügen. Die Wahrheit ist, daß von CDU/CSU, Bundestag, Bundesregierung, Bundespräsident und einigen Hilfwilligen im Sport eine Mehrheit im NOK für Boykott zusammengepreßt worden ist. Die Wahrheit ist, daß eine verschwindende Minderheit den Sport und die Sportler unseres Landes in den Boykott getrieben hat.

Mehrere NOK-Mitglieder, darunter Präsident Daume, sprachen von einem großen Druck, der auf sie ausgeübt worden sei.

Die Hinweise der Boykott-Befürworter auf Afghanistan sind Vorwände. Zumal die Sowjetunion wiederholt erklärte, daß mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan begonnen wird, wenn mit der Einmischung von außen Schluß gemacht wird.

Ich weiß, daß die Meinungen zu den Vorgängen in und um Afghanistan sehr unterschiedlich sind. Aus unserer Auffassung zu den Dingen haben wir nie einen Hehl gemacht. Ich gebe aber folgendes zu bedenken: Als die Olympischen Spiele in Mexiko, München und Montreal stattfanden, führten die USA einen barbarischen Krieg gegen Vietnam. Ich habe nicht gehört, daß sich die Boykotteure von heute damals von dieser eklatanten Verletzung des Völkerrechts distanziert haben.

Der Boykottbeschluß dient den Zielen und Absichten all der Kräfte, die unser Land und die Welt zurück in die Zeiten des Kalten Krieges ziehen möchten, die das Wettrüsten anheizen und internationale Spannungsherde schüren. Damit wird die abenteuerliche und friedensfeindliche Politik des amerikanischen Präsidenten Carter über die Interessen der Sportler und Bürger unseres Landes gestellt.

Der Düsseldorf Boykottbeschluß ist eine provokatorische Brückierung der Völker der Sowjetunion, der Gastgeber der Olympischen Sommerspiele 1980. 35 Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, der den Völkern der Sowjetunion unsägliches Leid zufügte, zielt er darauf ab, die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR, die in den vergangenen Jahren gegen den Widerstand entspannungsfeindlicher Kräfte durchgesetzt wurde, zu stören. Er sät neues Mißtrauen zwischen den Völkern. Die Verantwortung dafür tragen die Boykotteinpeitscher.

Das Ziel muß es bleiben, diesen unter so schmachvollen Umständen zustande gekommenen Beschluß aufzuheben, damit Sportler der Bundesrepublik Deutschland doch noch mit der Sportjugend der Welt in Moskau an den Start gehen können — weil es unserem Sport dient, weil es der Verständigung dient.

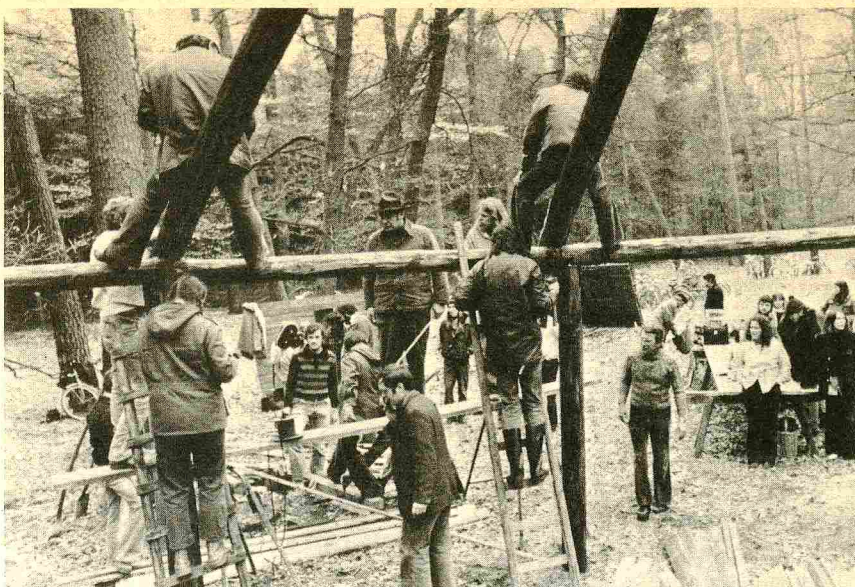
Jetzt ist vielfältige Unterstützung notwendig

Die DKP-Fraktion Mörfelden-Walldorf dankte der Bürgerinitiative gegen den Bau der Startbahn/West für ihre Hausbau-Aktion. Im Brief an die Bürgerinitiative vom 3. Mai 1980 heißt es:

„Wir beglückwünschen die Bürgerinitiative zu ihrer Arbeit. Ein Haus mitten auf der geplanten Trasse hat eine große Bedeutung. Hier wurde ein Zeichen gesetzt. Jetzt liegt es an den kommunalen Gremien in unserer Stadt und im Umland, diese Aktion zu unterstützen. Vor allem die Parteien in Rüsselsheim und Flörsheim sollten sich zu diesem Haus und dem damit verfolgten Ziel bekennen.

Unsere Stadtverordneten und die Mitglieder unserer Partei, die am Hausbau teilnahmen, waren alle begeistert über den Enthusiasmus der jungen Erbauer. Dies stimmt uns optimistisch.

Als wir durch den herrlichen Wald zurückfuhren, spürten wir erneut, welch ein Verbrechen geplant wird. Das Rhein-Main-Ballungsgebiet ist eines der bedrohtesten Verdichtungsgebiete Westeuropas. Die 2 1/2 Millionen Menschen, die hier wohnen, müssen auch hier leben können. Das Waldhaus ist eine Aktion, die alle hier wohnenden Bürger unterstützen sollten. Wir hoffen, daß alle Parteien, Vereine und andere gesellschaftliche Organisationen sich solidarisch erklären. Nur gemeinsam können wir unsere Heimat bewohnbar erhalten. Herzlichen Dank für Euren Einsatz.“



Die Arbeit begann im Morgengrauen. Um 5 Uhr sammelten sich die Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung und errichteten ein großes Blockhaus mitten auf der geplanten Trasse der Startbahn West.



Schon um 11 Uhr konnte „Richtfest“ gefeiert werden. Mit einer Flasche Krimsekt wurde die geleistete Arbeit begossen. In der Zwischenzeit besuchten schon viele tausend Bürger das Haus im Wald, das zu einem Mahnmal des Kampfes und der Hoffnung wird.

Die Meinung der Bürger muß beachtet werden

Die Bürgerversammlung im Bürgerhaus am 14.5. zum Thema Südumgehung Mörfelden war gut besucht und eine rege Diskussion kam in Gang. Erstaunlich war es für den Beobachter, daß etliche Bürger dafür plädierten und dafür Beifall erhielten, daß die neue B44 ab Kreuzungspunkt Aschaffburger Straße auf der jetzigen Trasse geführt werden soll. Drei parallel laufende Straßen (jetzige B44, neue B44 und Autobahn) sah man als unnötig, übertrieben und umweltschädigend an. Bürger wehrten sich gegen die Planung, das Wohngebiet an den Eichen durch eine neue Straße zu zerschneiden. Die Industriestraße am Mör-

felder Industriegebiet zu benutzen, war ein weiterer Diskussionsbeitrag. Dadurch würde weniger Landschaft „kaputtgemacht“. Einhellige Meinung der Bürger war, die Umgehungsstraße kreuzungsfrei zu bauen, damit der Verkehrsfluß gewahrt werde und die Straße, die oft einen Umweg bedeute, auch von den Verkehrsteilnehmern angenommen würde, und somit die Ortsstraßen entlaste. Andiskutiert wurde das Teilstück Bahnüberführung Nikolauspforte bis Anbindung an die B486 und B44. Hier war ursprünglich der Anschluß am Schlangenloch geplant. Das Straßenbauamt hat in seinem Plan auch den Schwimmbadweg an die neue Straße angeschlossen, um den Autofahrern von Walldorf her (Westtangente) die Anbindung an die Südumgehung zu ermöglichen, ohne die Ortsstraßen (Rüs-

selsheimer Str./Gärtnerweg) zu benutzen und keine großen Umwege bis zum Schlangenloch zu fahren. Eine andere Meinung war, die Straße über die Steigbergsschneise zu führen und etwa in Höhe des jetzigen Grillplatzes an die B486 anzuschließen. Das würde es ermöglichen, den Schwimmbadweg für den Durchgangsverkehr zu schließen, zumal die Anbindung dieser Straße auch zu finanziellen Lasten der Stadt ginge.

Die verschiedenen Meinungen unter einer Hut zu bringen, bedarf noch einiger Diskussionen. Wichtig aber ist vor allem, daß der Durchgangsverkehr schnellstens aus den Ortsstraßen verschwindet. Es ist höchste Zeit, daß die Südumgehung gebaut wird. Es muß aber eine Trasse gefunden werden, die die Landschaft schont.

Auch von der Rhein-Main-Air-Base hätten die ‚Hercules‘ starten können

Tag der Offenen Tür auf der US-Air-Base. Hunderttausende sollen es gewesen sein, die sich dort drängten, um Ice-Cream und um modernste Waffen. Sicher, es ist schon interessant, eine „Galaxy“ zu besichtigen; einem Fallschirmabsprung zuzusehen. Aber, man sollte sich auch ein paar andere Gedanken machen.

Mit „Hercules“-Maschinen starteten die USA von Ägypten aus ihre Kriegsprovokation gegen den Iran. Die gleichen Großraumtransporter vom Typ „C 103 Hercules“ sind ständig auf der Rhein-Main-Air-Base stationiert. Zwei der eingesetzten Maschinen standen lt. „Stern“ vorher auf der Air-Base. Es stellt sich die Frage, wann von hier aus solche abenteuerlichen Aktionen ausgehen. Die US-Air-Base wird zunehmend ein Gefahrenherd für die Bevölkerung des Umlandes. Nicht nur, daß ein riesiges Gelände dem zivilen Flugbetrieb entzogen ist, in kriegerischen Verwicklungen könnte sie auch wie ein Magnet Gegenschläge anziehen. Aber es ist ja nicht nur die Air-Base. In unmittelbarer Nähe in Wiesbaden-Erbenheim sollen, so wurde es auf der jüngsten NATO-Ratstagung bekräftigt, 350 US-Kampfhubschrauber stationiert werden. Angekündigt wurden 70.000 jährliche Flugbewegungen, davon 10.000 nach Blindflugregeln. Da unser Luftraum total überlastet ist, kann sich jeder die Gefahr für die Zivilluftfahrt ausrechnen. Größer aber ist die Gefahr, in Carters abenteuerliche Politik hineingezogen zu werden. Und niemand soll sagen, wir wären sehr weit von solchen, heute noch undenkbaren Zuspitzungen entfernt. Denn, je mehr Einzelheiten man über den geplanten Ablauf der gescheiterten US-„Geiselnbefreiungsaktion“ erfährt, um so stärker wird die Frage, was Carter wirklich damit beabsichtigte. Daß Carter damit einzig und allein die „Geiseln“ befreien wollte, wird immer unglaubwürdi-

ger. Wer soll schon glauben, daß Carter wirklich annahm, seine Hubschrauber hätten ungeschoren bis Teheran vordringen und die Geiseln unversehrt aus dem Botschaftsgelände herausholen können? Es bleibt keine andere Erklärung: Carter muß das Risiko eines Blutbades, das mit dem Vordringen der Hubschrauber nach Teheran verbunden gewesen wäre, bewußt einkalkuliert haben. Sollten die durch den Hubschraubervorstoß getöteten „Geiseln“ danach der Weltöffentlichkeit vorgezeigt werden, als Vorwand für eine wesentlich größere Militäroperation gegen den Iran oder gar für die direkte Besetzung des Landes durch US-Truppen? Es bleibt die Erkenntnis: Wer Carter die Treue schwört, lebt gefährlich. Wer sich in die Abenteuer dieser USA-Politik hineinzerrren läßt, beteiligt sich am leichtfertigen Spiel mit Menschenleben. Wer will, das der Frieden erhalten bleibt, muß sich für den Frieden einsetzen. Die Forderung nach Auflösung der US-Air-Base und des ABC-Depots im Oberwald sollte deshalb von allen friedliebenden Kräften aufgegriffen werden.

rh

**Rüstung
und Profite
runter
mehr Geld
für die
Gemeinden**



Am 1. Mai gab es ein großes Kinderfest der DKP und der „Jungen Pioniere“. Unter dem Maibaum wurde für die Kinder eine „Olympiade“ ausgetragen. Die einzelnen Disziplinen wie Sackhüpfen, Erbsenspucken, Eier- und Stelzenlaufen machten viel Spaß. Vorher aber mußte erst der große Maibaum aufgestellt werden (unser Bild). Die DKP-Mörfelden knüpfte damit an eine alte Tradition an.



1. Mai 1980. Im gutbesetzten Bürgerhaus-Saal hielt Emil Carlebach von der IG Druck und Papier die Mairede. Im Kulturprogramm wirkten mit: Die SKV-Abteilungen Gesang, Musikzug und Radsport, die Kinder- und Jugendgruppe der Naturfreunde, sowie eine Laiengruppe, die Lieder der Arbeiterbewegung vortrug. Zahlreiche Besucher, darunter viele türkische Kollegen, beteiligten sich beim anschließenden Demonstrationzug zum Rathausplatz.

Atomland Hessen

Um Biblis wurde der Ernstfall geprobt. Über die Ergebnisse der Katastrophen-Übung wird allerdings Stillschweigen gewahrt. Das KKW Biblis, unmittelbar an unserer Kreisgrenze gelegen, ist nach einem Professoren-Gutachten „das größte Kernkraftwerk am kritischsten Standort“. In einem Radius von 50 km um Biblis leben mehr als fünf Millionen Menschen, bei einer mittleren Bevölkerungsdichte von rund 650 Einwohnern auf einem Quadratkilometer (in den Flußtälern von über 1.000 Einwohnern je qkm).

Viele unserer Mitbürger haben sich darüber noch keine Gedanken gemacht. Viele unserer Nachbarn wissen nicht, was es bedeutet, wenn in Biblis der „Ernstfall“ eintreten würde, der gerade geprobt wurde.

Jetzt, wo die Strahlen-Spürtruppe, die ABC-Züge und Meßdienste wieder abgezogen sind, sind wir, die Bürger, die in der Gefahrenzone wohnen, auch nicht klüger. Denn über die Gefahren, die uns drohen, wird wohlweislich Stillschweigen bewahrt. Die Gefahren aber wachsen: Man muß darüber reden, man muß sich wehren. Denn es ist ja nicht nur Biblis, das uns auf den Nägeln brennt. Wirtschafts-

minister Karry hat das Kompaktlager in Biblis genehmigt (ein Gericht hat die Einrichtung noch einmal verzögert), die Landesregierung bietet der Atomindustrie an, eine Aufbereitungsanlage in Hessen zu bauen. Neben dem größten KKW der Welt, Biblis, neben den militärischen Atomwaffenlagern und den geplanten US-Basen für atomare Mittelstreckenraketen würden damit im dichtbesiedelten Hessen weitere brisante atomare Anlagen entstehen. Damit würde Hessen das Atomland Nr. 1.

Seit Harrisburg besteht kein Zweifel: Die Atomindustrie und die sie deckenden Regierungen sind eher bereit, Millionen von Menschen zu gefährden, als auf ihr profitables Geschäft mit der Atomenergie zu verzichten. Dies sieht man besonders deutlich in Biblis:

- Trotz 10.000 Einsprüchen will man das Kompaktlager durchziehen. Ein Verfahren, das die Gefahren erhöht und dem man früher außerordentlich kritisch gegenüberstand.
- Trotz der Bedenken von Wissenschaftlern will man neben den Reaktoren zwei riesige Lagerhallen für „radioaktiven Müll“ bauen.

- Trotz der Proteste aus der Bevölkerung und aus ihren eigenen Parteien, wollen Karry und Börner in Biblis den dritten Reaktor bauen lassen.

Die DKP lehnt das Bonner Atomprogramm, vor allem auch eine Wiederaufbereitungsanlage in Hessen ab. Mit dem Bau dieser Anlage wäre die forcierte Errichtung weiterer Kernkraftwerke in unserem Land vorprogrammiert. Wir sind gegen die Einrichtung des Kompaktlagers und den Bau des Blocks C in Biblis. Wir fordern die Offenlegung der Katastrophenpläne für Biblis. Die Ergebnisse der „Ernstfall, Erprobung“ müssen der Bevölkerung mitgeteilt werden.

Wir sind gegen den Bau weiterer kerntechnischer Anlagen, wenn

- die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten nicht garantiert ist;
- wenn nicht ein ausreichender Umweltschutz garantiert ist;
- wenn keine wirksamen demokratischen Kontrollen gewährleistet sind;
- wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß der notwendige Strombedarf nicht durch andere Energieträger gedeckt werden kann.



Am 10. Mai gingen 50.000 Menschen auf die Straße — damit die Entspannung weitergeht, damit aus der Abrüstung endlich Wirklichkeit wird. Sie sagten nein zu Carters beängstigendem Kriegskurs, nein zum Olympiaboykott, nein zu Strauß und der Rechtsentwicklung in unserem Lande. Hunderte von Organisationen, Initiativen und Einzelpersonlichkeiten hatten aus Anlaß der 35. Wiederkehr jenes Tages, an dem der Faschismus zerschlagen wurde und der 2. Weltkrieg endete, zu Kundgebungen und Demonstrationen in Mannheim, Hannover und München aufgerufen. In einem gemeinsamen Appell dieser Manifestation heißt es: *Nein zu den NATO-Raketen! Schluß mit dem Wettrüsten!*

Bei der Demonstration in Mannheim, an der auch viele Mörfelder Bürger teilnahmen, sah man Fahnen, Transparente und Trageschilder der VVN/Bund der Antifaschisten, der demokratischen Jugendverbände, von Gewerkschaften, von DKP, SPD und DFU. Menschen verschiedener politischer Weltanschauungen mahnten und forderten: „*Vasallentreue zu Carter steigert die Kriegsgefahr*“, „*Der 8. Mai mahnt: Den Frieden bewahren!*“ oder „*Auflösung der NS-Verbände, Unterbindung jeder Nazi-propaganda*“ und „*Gemeinsam gegen Rechts — Abrüsten — Stoppt Strauß*“.

Bei der anschließenden Großkundgebung im Mannheimer Rosengarten sprachen der Mannheimer DGB-Vorsitzende Fritz Karg, der stellv. Bundesvorsitzende der Jungdemokraten Georg Hundt, der ehemalige Buchenwald-Häftling Emil Carlebach und der ehemalige Weltkirchenpräsident Martin Niemöller (unser Bild).

35 Jahre danach...



Anfang dieses Jahres machte die DKP-Fraktion den Vorschlag, Überlebende des ehemaligen KZ-Außenlagers Walldorf zur Einweihung des Gedenksteins einzuladen. Bürgermeister Brehl lehnte dies ab. Daraufhin fuhren an Ostern Mitglieder der DKP Mörfelden-Walldorf nach Budapest und überbrachten an eine KZ-Überlebende, Frau Zsuzsanna Farkas, die Einladung. Frau Farkas weilte daraufhin Anfang Mai in unserer Stadt. Sie besuchte Veranstaltungen, sprach vor vielen Schülern in Groß-Gerau und Mörfelden. Am 8. Mai, dem 35. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, legte sie auf einer VVN-Gedenkveranstaltung (unser Foto) am Walldorfer Gedenkstein einen Kranz nieder.



Eine herzliche Begegnung gab es mit dem Frauenarbeitskreis der DKP-Mörfelden. Waltraud Träger überreichte einen Erinnerungsteller der Stadt.



Zu einem längeren Gespräch empfing auch Bürgermeister Bernhard Brehl *Frau Zsuzsanna Farkas aus Budapest.

Armenien singt und tanzt

Mitglieder des staatlichen
Gesangs- und Tanzensembles
in Mörfelden

Am Samstag, den 7. Juni 1980,
20.00 Uhr,
Bürgerhaus Mörfelden

Karten gibt es für 5,- DM bei allen
Mitgliedern der DKP und
bei den bekannten Vorverkaufsstellen.
An der Abendkasse kostet
der Eintritt 6,- DM.



Mörfelden gestern

Seit 10. Mai ist auch in Mörfelden wieder Badesaison. Alt und Jung freuen sich auf diese Zeit. Immer mehr Menschen erkennen, daß Schwimmen nicht nur Spaß bereitet, sondern in sehr starkem Maße zur Gesunderhaltung beiträgt. Aus diesem Grunde wäre ein Hallenbad in der Nähe der Gesamtschule für die 2000 Schüler, für die Berufstätigen und älteren Bürger von Mörfelden und Walldorf kein Luxus, sondern eine wichtige Einrichtung. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde jedoch wegen der hohen Bau- und Folgekosten das Hallenbad, bei der Beratung des Sportentwicklungsplanes von SPD und CDU auf den St. Nimmerleinstag verschoben.

Sicherlich waren die 70.000 Reichsmark Baukosten für die Gemeinde Mörfelden 1928 auch kein Pappenstiel und doch baute sie damals eines der ersten und schönsten Schwimmbäder Hessens, das dann 1963 durch einen Umbau auf den heutigen Stand gebracht wurde. Unser Bild aus den ersten Tagen des alten Mörfelder Schwimmbades, aufgenommen etwa 1928/29, zeigt eine Schulklassen mit ihrer Lehrerin dem Fräulein Korbrach.